

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zł., Danzig 3 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelleiste 30 Groschen, die 90 mm breite Kellamezeile 250 Groschen, Danzig 20 bz. 150 Dg. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 153.

Bromberg, Sonnabend den 9. Juli 1927.

51. Jahrg.

Der deutsche Sejmklub zum Selbstverwaltungsgesetz.

Schon seit einer Woche finden im Sejm in beschleunigtem Tempo die Debatten über drei Gesetzesprojekte statt, die für jedes Reich von einschneidender Bedeutung sind. Es handelt sich nämlich um drei Selbstverwaltungsgesetze, die schon im ersten Sejm zur Beratung standen, worüber jedoch in den Sejmparteien damals keine Einigung erzielt werden konnte und dem zweiten Sejm die Fertigstellung dieser wichtigen Gesetzesvorlagen überlassen wurde. Schon im Jahre 1924 brachte die damalige Regierung des Chjeno-Piaſt mit dem galizischen Wójt Witos aus Wierzboslawice an der Spitze sechs Projekte der Selbstverwaltungsorgane ein. Diese Projekte waren ein ausgeprägtes Produkt der damaligen reaktionären Stimmung und Regierung. Charakteristisch war es, daß man das in der ganzen Kulturwelt abgeschaffte Pluralwahlsystem im neuerstandenen demokratischen Polen ins Leben rufen wollte. Als Autor dieser Projekte galt allgemein der damalige Innenminister und Mitglied der Witos-Partei Dr. Kiernik, dessen Unterschrift sämtliche Gesetzesprojekte trugen. In der Verwaltungskommission begann ein heftiger Kampf um diese Berechtigung des demokratischen Wahlrechtes. Von 31 Mitgliedern der Kommission waren 16 Anhänger des Pluralwahlsystems, die übrigen 15 bekämpften es aber auf entschiedenste. Nach monatelangen Debatten sah man ein, daß die Bemühungen zur Realisierung dieser rückwärtigen Gesetze fruchtlos ausfallen würden und vertagte die Beratungen auf unbestimmte Zeit.

Der Nachfolger im Innenministerium unterzog die Gesetzesprojekte einer gründlichen Revision; das Pluralwahlrecht wurde abgeschafft, und nochmals ging es in den Kampf um die Selbstverwaltung. Aus dem Schoße der Sejmkommission wurde eine Unterkommission gebildet, bestehend aus Vertretern reinpolnischer Parteien, und zwar: Kozłowski vom Nationalen Volksverband, Holefia von den Christlichen Demokraten, Pawłowski vom Bauernverband, Putek von der Wyzwolenie und Jamowski von der PPS. Diese Unterkommission sollte einen Kompromißvorschlag aller Selbstverwaltungsgesetze ausarbeiten. Nach vielen Mühen und Arbeiten und nach verschiedenlichem Personalwechsel (an Stelle des Abg. Pawłowski trat der Abg. Herz von der Nationalen Arbeiterpartei) hatte man endlich ein elendes Flickwerk zusammengestellt. Die Vertreter der Nationalen Minderheiten erkannten auf den ersten Blick, daß man die Einigung auf Kosten der Minderheiten Bestimmungen ihre elementarsten Rechte verleiht. Geschlossene Gegenwehr gegen diese Absichten war die Antwort der Minderheitenvertreter. Als diese sich davon überzeugt hatten, daß man ihre ehrlichen Absichten und wohlgemeinten Verbesserungsanträge immer wieder niederstimmte, gaben sie eine gemeinsame Erklärung ab, daß sie keinerlei Verantwortung für die Gesetze übernehmen wollen und zogen sich aus der Kommission zurück. In ihrer Abwesenheit wurden die Vorlagen fertiggestellt, und am 30. Juni begann die Generaldebatte. Im Namen des Deutschen Klubs gab am heutigen Tage Abg. Karau folgende Erklärung ab:

Hohes Haus! Kurz vor Schluß der Sejmdebatte bemüht sich das Parlament, in beschleunigtem Tempo einige der wichtigsten Gesetze durchzubringen. Die Gile wundert uns nicht, denn Selbstverwaltungsgesetze nehmen in jedem Staat eine wichtige Rolle ein. Unseres Erachtens kann man neben der Staatsverfassung diese Gesetze zu den wichtigsten zählen, die sich unbedingt auf der Verfassung aufbauen müssen.

Doch was sehen wir? Artikel 96 der Staatsverfassung lautet, daß vor dem Recht alle Bürger gleich sind. Betrachtet man von diesem Standpunkte aus eines dieser drei Gesetzesprojekte, und zwar das Projekt der Dorfgemeinden deshalb, weil unsere deutsche Bevölkerung in den Dörfern des polnischen Staates zerstreut wohnt und ein reges Interesse gerade an diesem Gesetz hat. Wo ist da die konstitutionelle Gleichberechtigung geblieben? Sie haben, meine Herren, nicht mehr und nicht weniger als drei verschiedene Wahlordnungen zu den Gemeinderäten geschaffen. Und zwar verschiedene für jedes Gebiet. Dadurch ist der Staat in drei Teilgebiete zerlegt. Ob das zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung geeignet werden darf, bezweifeln wir stark. Die Artikel 31, 32, 47, 48 und 49 dieses Projektes stehen im krassen Widerspruch dazu. Zwar ist in Polen und Pommerellen das fünfjährige Wahlrecht geblieben und für die Zentralwojewodschaften kann es ermöglicht werden durch Einreichung von Gesuchen. Doch ist die Zahl der Petenten so hoch, daß es nur unnötige Schwierigkeiten bereiten würde. Dazu kommt noch, daß der Termin zur Einreichung dieser Gesuche viel zu kurz ist. Der merkwürdigste Artikel dieses Gesetzes ist der Artikel 34, der die Einteilung der politischen Gemeinden in Wahlbezirke behandelt. Sehr interessant ist, was die Herren zur Annahme dieser Bestimmung bemerken. Große Städte, die viele Tausende, ja Hunderttausende Einwohner zählen, bilden einen Wahlbezirk, die benachbarte politische Dorfgemeinde, die etwas über 4000 Seelen zählt, soll in Wahlbezirke eingeteilt werden. Wozu das? Wahrscheinlich wollten Sie, meine Herren, der deutschen Bevölkerung dieser Gemeinden die Möglichkeit nehmen, ihre Vertreter in die Selbstverwaltungskörper zu entsenden. Da unsere deutsche Landbevölkerung nicht in geschlossenen Massen die Dörfer bewohnt, wird ihr ein entsprechender Wahlerfolg auf diese Weise durch Zuteilung zu verschiedenen Wahlbezirken bei Wahlen zu den Gemeinderäten unmöglich gemacht. Da werden auch die miserablen Bestimmungen des Artikels 34, Absatz 2, zu toten Buchstaben und zu frommen Wünschen des Gesetzgebers. Dieser Artikel genügt uns für eine oppositionelle Stellungnahme gegen alle Selbstver-

waltungs-Gesetzesprojekte. Auch das indirekte Wahlsystem für die Kreistage wird auf starken Widerstand unserer deutschen Bevölkerung stoßen. Resümierend behalten wir uns das Recht zur Einbringung von Verbesserungsanträgen zu den einzelnen Artikeln vor und machen unsere Stellungnahme von der Annahme dieser Verbesserung abhängig. Auch werden wir für Zurückverweisung dieser Gesetzesprojekte an die Verwaltungskommission stimmen."

Die gestrige Debatte über die Selbstverwaltungsgesetze.

Warschau, 8. Juli. P.M. In der gestrigen Sitzung des Sejms schritt man zur Einzelbiskussion über das Gesetz betr. die Dorfgemeinden. Als erster sprach der Abg. Schipper (Jüdischer Klub), der eine ganze Reihe von Änderungen vorschlug und u. a. die Streichung der Bestimmung forderte, daß der Amtsvorsteher (Wójt) die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen müsse. Weiter forderte der Redner die Beseitigung der Ermächtigung des Starosten, soweit es sich um die Ablehnung der Wahl des Amtsvorstehers handelt.

Abg. Puchalka (Christl. Demokratie) beantragte u. a., die Bestimmung über den Erwerb der Mitgliedschaft durch Personen, die von Amts wegen der Gemeinde angeteilt werden, auch auf die Geistlichen auszudehnen, eine Bestimmung einzufügen, daß der Eid den Bestimmungen des Bekenntnisses der den Eid leistenden Personen entsprechen solle und schließlich die Bestimmung zu streichen, daß die den Eid nicht anerkennende Person durch Händedruck verpflichtet werden kann. — Abg. Ehrucki forderte, daß die Mitgliedschaft in der Gemeinde erst nach dreijährigem Wohnsitz erworben und daß ein Gemeindeglied aus der Gemeinde wegen gemeiner Verbrechen entfernt werden kann.

In der weiteren Diskussion wurde eine ganze Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, deren wichtigste die Erhöhung des für die Wähler geforderten Alters bis zu 24 Jahren und die Erhöhung des Alters für die zu Wählenden bis zu 30 Jahren, sowie die Aufhebung der Bestimmung, daß der Amtsvorsteher vom Gemeinderat und nicht von den gesamten Gemeindegliedern gewählt werden soll, betreffen. Damit war die Diskussion über die Dorfgemeinde erschöpft.

Nach einer Pause beschäftigte man sich mit dem Gesetz über die Stadtgemeinden. Abg. Schipper (Jüdischer Klub) machte den Vorschlag, daß die Gemeinden, die bis jetzt schon Städte waren, ihren Charakter auch weiterhin behalten sollen, wiewohl sie in dem beigefügten Verzeichnis nicht aufgeführt sind. Abg. Holefia (Christliche Demokratie) beantragte, daß ebenso wie die Beamten auch die Geistlichen der vom Staat anerkannten Bekenntnisse, sowie die Angestellten der öffentlich-rechtlichen Verbände als Mitglieder der Gemeinde gelten sollen, in der sie ihren Amtssitz haben. Abg. Herz (Nationale Arbeiterpartei) stellte den Antrag, die Stadt Pnowocław in das Verzeichnis der Kurorte aufzunehmen, ferner daß in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen die Stadtratsordnungsversammlungen die Pflicht, und nicht allein das Recht haben sollen, den Präsidenten und den Vizepräsidenten für eine doppelte Kadenz mit einer qualifizierten Mehrheit zu wählen. Abg. Schipper schlug vor, daß eine Änderung der Stadtgrenzen nur auf Grund eines Beschlusses der Stadtratsordnungsversammlung vorgenommen werden dürfe. Die Stadtratsordnungsversammlung solle das Recht haben, dem Magistrat das Vertrauen zum Ausdruck zu bringen. Der Innenminister solle nicht berechtigt sein, sich der Wahl des Stadtpräsidenten zu widersetzen. Schließlich forderte der Redner, daß das Gesetz mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft treten solle, und nicht mit dem Augenblick der Festsetzung dieses Termins durch ein besonderes Gesetz.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete der Gesetzesentwurf über die Kreiskommunalverbände. Abg. Schipper forderte u. a., daß nicht die Gemeinden, sondern die Kreisinsassen Mitglieder der Kreiskommunalverbände sein sollen. Damit war die Aussprache über die drei Gesetzesentwürfe beendet. Die nächste Sitzung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr statt.

Das gescheiterte Kompromiß.

Warschau, 8. Juli. P.M. In der gestrigen Verfassungsunterkommission des Sejms, die sich mit den Anträgen auf Änderung der Wahlordnung beschäftigt hat, wurde über das von dem Abg. Popiel (Nationale Arbeiterpartei) referierte Projekt und die im Laufe der Diskussion eingebrachten Änderungsanträge abgestimmt. Zur Sitzung waren erschienen die Vertreter der Rechten, des Zentrums, des Jüdischen Klubs und des ukrainischen Klubs, nicht anwesend waren die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei, der Wyzwolenie-Gruppe und der Bauernpartei. Entgegen dem Standpunkt des Referenten wurde in der Abstimmung auf Antrag des Abg. Proszynski die Zahl der Sejmmandate auf 412 und die der Senatsmandate auf 103 verringert. Diese Verringerung bezieht sich auf die Mandate in Litgalien, in Polessien und in der Wojewodschaft Nowogrodek. Die übrigen Artikel des Projektes gelangt ohne Änderung zur Annahme. Die Anträge der Minderheitenvertreter auf Erhöhung der Zahl der Sejmmandate auf 468 und der Senatsmandate auf 117, die den Diwojewodschaften zugute kommen sollte, wurden abgelehnt.

Zum Schluß der Sitzung gab der Referent Abg. Popiel die Erklärung ab, daß er, entsprechend seiner vor drei Wochen gemachten Ankündigung, insofern der Unmöglichkeit, ein Kompromiß zwischen den Parteien über die Änderung der Wahlordnung zustande zu bringen, seine Mission als be-

Der Stand des Ploty am 8. Juli:

In Danzig: Für 100 Ploty 57,68

In Berlin: Für 100 Ploty 47,10

(beide Notierungen vorbörslich)

Bank Politi: 1 Dollar = 8,88

In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,92%.

endet ansehe, und das Referat niederlege. In der Sitzung der Verfassungskommission, die am 12. d. M. stattfinden soll, wird im Namen der Unterkommission der Abg. Glabinski den Bericht erstatten.

Austausch der Boranleihe-Dokumente.

Eine amtliche Erklärung über die Auslandsanleihe.

Warschau, 7. Juli. Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet: Am Mittwoch fand im Belvedere eine längere Konferenz in Anwesenheit des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten Pilsudski, sowie des Vizepremierers Bartel und des Vizepräsidenten Czerwinski statt. Im Anschluß an diese Konferenz empfing der Finanzminister unverzüglich die Vertreter des amerikanischen Konsortiums und vollzog nach Unterzeichnung des Abkommens über den kurzfristigen Kredit in Höhe von 15 Millionen Dollar den Austausch der entsprechenden Dokumente sowie der Schreiben, in denen festgesetzt wird, daß die Absichten der beiden Seiten über die Frage des Abschlusses der Stabilitätsanleihe vereinbart worden sind. Der Abschluß der Anleihe soll unverzüglich erfolgen, sobald die polnische Regierung die Bedingungen des amerikanischen Marktes hierzu für günstig hält.

Höchste Zeit!

Notwendigkeit der Boranleihe. — Folgen einer Liquidation.

Die Bilanz der Bank Politi für die letzte Juni-Dezade weist zum ersten Male seit Monaten eine Verringerung der Valuten- und Devisenreserven um 6,5 Millionen Ploty netto auf. Sie betragen 197 Millionen Ploty nach Abzug der Verbindlichkeiten in Auslandsvaluta und Reportverpflichtungen in Höhe von 21,5 Millionen Ploty. Die Verringerung der Valutenreserven erfolgte laut Poln. Tel.-Agentur infolge des beträchtlichen Bedarfs in Höhe von 3,8 Millionen Dollar seitens des Staatsschatzes, wovon 1,5 Millionen Dollar für den Ankauf der kroatischen Güter des Fürsten Thurn und Taxis bestimmt sind.

Vor der Liquidierung des Konflikts mit Rußland.

Warschau, 7. Juli. Der hier vor einigen Tagen entgetroffene polnische Gesandte Patek hielt zunächst mit dem Außenminister Zaleski eine Konferenz ab, dem er über die Lage in Moskau Bericht erstattete. Später fand im Belvedere eine Konferenz unter dem Vorsitz des Marschalls Pilsudski und in Anwesenheit des Ministers Zaleski und des Gesandten Patek statt, die der Besprechung der Gesamtgestaltung der polnisch-russischen Beziehungen gewidmet war. Der Gesandte Patek wird dieser Tage mit entsprechenden Instruktionen nach Moskau zurückkehren.

In maßgebenden Kreisen herrscht die Überzeugung, daß Polen gegenwärtig vor der endgültigen Liquidierung des Konflikts stehe, der durch den tragischen Mord an dem Gesandten Wojkow hervorgerufen wurde. Man werde sich darüber einigen, in welcher formalen Weise diese Liquidierung vorgenommen werden soll. Es sei möglich, daß sie in der Form einer Antwort der polnischen Regierung auf die letzte Note der Sowjets erfolge, die den Zwischenfall vollkommen beilegen würde.

England gegen französische Hehe.

Vor einigen Tagen fanden in Hendon (England) große Manöver und Schauläge der englischen Militärluftflieger statt, an denen als Zuschauer auch 14 Offiziere der deutschen Reichswehr teilnahmen. Diese Tatsache veranlaßte fast die gesamte französische Presse zu Ausfällen gegen Deutschland. So spricht das „Echo de Paris“ von einer „Verletzung des Versailler Vertrages“. Deutschland werde sich diesen „britischen Präzedenzfall“ zunutze machen, und wer wolle es daran hindern, wenn es morgen seine Offiziere, „wohlerstandenen nur für einige Tage“, nach Moskau oder nach Ungarn schicke. Die Aufnahme, die eine deutsche Militärmission in England finde, beseitige ein ganzes Stück des Artikels 179 des Versailler Vertrages.

Das Blatt teilt dann mit, daß der französische Militärattaché in London, General Depress, einen Bericht über diese Angelegenheit an den französischen Kriegsminister Painlevé weitergereicht habe. Zum Schluß bemerkt das „Echo de Paris“, daß der Vorfall eine logische Folge des Locarnoabkommens sei (! D. R.).

In London hat, wie den „Danziger N. N.“ gemeldet wird, die Erregung französischer Blätter über die Anwesenheit der deutschen Offiziere bei den Schaulägen allgemeine Verwunderung hervorgerufen. Das englische Kriegsministerium und die Leitung der Luftflotte erklärten auf Anfrage, daß die deutschen Reichswehroffiziere, die bereits wieder nach Deutschland zurückgekehrt sind, nicht als militärische Mission, sondern als Privatleute in England geweilt hätten,

Im übrigen hat die Englandreise der Reichswehroffiziere ebenso wie ihr Besuch in London die Zustimmung der offiziellen englischen Stellen gefunden, so daß von irgendeinem geheimen Zweck überhaupt nicht die Rede sein kann.

Unbegreiflicherweise bringt man in Paris den Besuch vielfach mit der gerade jetzt aufgeworfenen Frage der Ernennung eines deutschen Militärattachés in London in Zusammenhang. Die französischen Besorgnisse sind, wie der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" erfährt, nach der Auffassung maßgebender englischer Kreise auf ein Mißverständnis zurückzuführen, das offenbar durch einen Bericht des französischen Militärattachés in London, General Després, an das Pariser Kriegsministerium entstanden ist. Der offizielle englische Standpunkt sei im Gegensatz zu dem französischen der, daß der Versailler Vertrag die Auslandsreise deutscher Reichswehroffiziere keineswegs verhindern könne. Es sei richtig, daß Deutschland keine Kampfflugzeuge besitzen dürfe, aber nach dem vor sechs Monaten in Paris abgeschlossenen Übereinkommen, das auch Frankreich unterzeichnet hat, dürfe eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern der Reichswehr sich in privater Eigenschaft dem Flugwesen widmen. Wenn den deutschen Offizieren in England alle Höflichkeiten erwiesen worden seien, die unter Offizieren international üblich sind, so entspricht dieses der englischen Auffassung von den Auswirkungen der Locarnopolitik.

Russisch-monarchistische Befreiungspläne.

Kriegsanfrage des Großfürsten Nikolajewitsch.

Die russische Emigranten-Presse veröffentlichte dieser Tage eine Deklaration des Großfürsten Nikolajewitsch, des ehemaligen Oberbefehlshabers der Armee und eines der Kandidaten für den russischen Thron. In dieser Deklaration erklärt Nikolajewitsch, daß das russische Volk lediglich auf die Gelegenheit zur Erneuerung des Kampfes um seine Befreiung aus der Macht der bolschewistischen Wurzelpoten warte. Teilweise habe dieser Kampf bereits begonnen, wovon die Akte des Antisowjetterrors auf dem Gebiet Rußlands sowie das Blut der Opfer des Sowjetterrors Zeugnis ablegten. Der Kampf um die Freiheit des russischen Volkes müsse bis zum vollkommenen Sieg geführt werden.

Weiter erklärt der Großfürst, daß er sich nicht nach der Zarenthronreihe; über den Staatsorganismus des künftigen Rußland werde das Volk selbst entscheiden. Dieser Organismus müsse demokratisch und tolerant sein. Im weiteren Verlauf gibt die Deklaration den gegenwärtigen Bürgern, den sowjetrussischen Beamten und Militärpersonen die Versicherung, daß die Behörde des neuen Rußlands sie in ihren Dienst übernehmen werde, da sie davon überzeugt sei, daß die Beamten usw. heute ihre Pflichten unter dem Zwange ausübten. Den Bauern werde Land als Eigentum gegeben werden, das sie heute bewirtschafteten.

Zum Schluß heißt es in der Erklärung, daß das zukünftige Rußland friedliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten unterhalten und den Völkern Dankbarkeit bewahren werde, die dem russischen Volk bei der Abschüttelung des Joches beifällig sein werden.

Nationale Strömungen in der Sowjet-Ukraine.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Zentralkomitee der ukrainischen kommunistischen Partei nach Moskau eine Erklärung gesandt, in der es heißt, daß sich in der ukrainischen kommunistischen Partei eine Gruppe gebildet habe, die die Nationalisierung der Ukraine durchzuführen wolle. Die ukrainische Regierung richte die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf die Gefahr, die sich aus dieser separatistischen Tendenz ergebe. Die separatistischen Bestrebungen dieser ukrainischen Gruppe seien von ukrainischen Emigranten in Polen und anderen Ländern falsch aufgefaßt worden. Das Zentralkomitee bittet um die Unterstützung der Sowjetregierung im Kampfe gegen den ukrainischen Separatismus.

Die Sowjetregierung hat im Verfolg dieses Ersehens beschlossene, energische Maßnahmen zur Bekämpfung des ukrainischen Separatismus zu ergreifen. In Minsk wird diese Bestrebung als um so gefährlicher angesehen, als die ukrainischen Separatisten selbst bürgerliche Elemente für ihre Ziele zu gewinnen suchen. Die ukrainischen Parteiorganisationen und die ukrainischen nationalen Militärabteilungen sollen aufgelöst werden. Außerdem rechnet man damit, daß die Zuständigkeit der ukrainischen Regierung eine Einschränkung erfahren wird.

Ermordung eines sowjetischen „Staatsbeamten“.

Meldungen aus Wilna zufolge ist dort ein in Charlow am 28. Juni erschienenen ukrainisches Flugblatt angekommen, in welchem mitgeteilt wird, daß im Charlower Bezirk der ukrainische Scharfrichter Godlewski ermordet wurde. Er wurde in einem Park erwürgt aufgefunden. Godlewski hatte den Posten des Scharfrichters sechs Jahre hindurch ohne Unterbrechung inne und soll in dieser Zeit 8000 Personen rücklings erschossen haben.

Die Frage der Seeabrüstung.

In Erwartung des Abbruchs.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus London gemeldet, daß nach dortigen zuverlässigen Informationen aus Genf stündlich der Abbruch der dort tagenden Flottenabrüstungskonferenz erwartet wird.

Der gestrige Kabinettsrat in London hat sich noch einmal endgültig für eine Mindesttonnage von 500 000 Tonnen für Kreuzer ausgesprochen. Dem gegenüber bestehen die Japaner auf der von Präsident Coolidge bei Einberufung der Konferenz vorgeschlagenen 250 000-Tonnamaximallimite und lehnten gestern auch den neuen amerikanischen Kompromißvorschlag, der für Kreuzer eine Gesamttonnage von 400 000 Tonnen vorsieht, ab.

Doch eine Einigung?

(Eigene Drahtmeldung.)

Genf, 7. Juli. In den letzten Tagen haben in der Marinekonferenz mehrfach Beipredungen zwischen den Führern der drei Delegationen stattgefunden, bei denen der Chef der japanischen Delegation, Admiral Saito, die Rolle eines Vermittlers zwischen der britischen und der amerikanischen Delegation spielte. Es scheint seinen Bemühungen gelungen zu sein, eine gewisse Entspannung der Lage herbeizuführen. Die Vertreter der drei Delegationen sind grundsätzlich übereingekommen, dem von japanischer Seite vorgeschlagenen Kompromiß zuzustimmen, demzufolge das britische Reich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika je 450 000 T. und Japan 380 000 T. an Kreuzern und eine gleich-

hohe Gesamttonnage an Torpedobooten und Torpedobootzerstörern erhalten sollen. Die Marinefachverständigen der Mächte werden die Einzelheiten auf der Grundlage dieses Vorschlages ausarbeiten.

Deutschlands Abrüstung.

Annahme des Kriegsgerätegesetzes.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstages wurde die Schlußabstimmung über das Kriegsgerätegesetz vorgenommen. Dieses Gesetz regelt die Herstellung und den Verkauf von Kriegsmaterial im Sinne einer Forderung des Vorkriegsstandes, also der Entente-Mächte. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Gesetzes mit 349 gegen 44 Stimmen. Mit Nein stimmten nur die Kommunisten und die beiden völkischen Gruppen. Ein Teil der Deutschnationalen verließ während der Abstimmung den Saal.

In der Aussprache führte der sozialdemokratische Abgeordnete Stampfer aus, der Zweck des Gesetzes sei die vollständige Entwaffnung Deutschlands. Die Sozialdemokraten würden mit Freuden einem Gesetz zustimmen, das die Herstellung aller Kriegswaffen verbietet; aber nur unter der Voraussetzung, daß es in allen Ländern angenommen und gleichmäßig durchgeführt wird. In der jetzigen einseitigen Beschränkung auf Deutschland sei das Gesetz ungerecht, und die Sozialdemokraten würden es ablehnen, wenn nicht hinter uns die große politische Zwangslage stünde. Aus dieser realpolitischen Einsicht heraus stimmen jetzt sogar die Deutschnationalen der Vorlage zu.

Die jetzige Vorlage aber bedeutet tatsächlich den Verzicht auf die deutsche Souveränität in militärischen Dingen.

Kongreß der deutschen Minderheiten.

Riga, 7. Juli. Unter dem Vorsitz von Dr. Paul Schiemann-Riga fand seit längerer Zeit alljährlich ein Kongreß der deutschen Minderheiten-Vertreter statt. Bisher war der Tagungsort immer in den Grenzen des deutschen Reiches oder Deutsch-Osterreichs gelegen, und zum ersten Male findet die diesjährige Tagung auf nichtdeutschem Boden statt, nämlich in der Hauptstadt Lettlands Riga. Durch die offizielle Aufnahme, welche den Kongreßmitgliedern seitens der lettischen Regierung zu teil ward, findet zum ersten Male das nationale Bekenntnis als öffentlicher Rechtsbegriff weithin sichtbare Anerkennung von Seiten eines Staates. Der erste Tag war Referat über nationalpolitische Probleme der deutschen Minderheiten gewidmet. Am Nachmittag gab Außenminister Zelenin einen Empfang, zu dem auch der Ministerpräsident Skulsheneek und der Vorsitzende des Parlaments Dr. Kalning erschienen war.

Die Sejmparteien über das Presserecht.

Die juristische Kommission für die Aufhebung des antidemokratischen Dekrets.

Warschau, 8. Juli. Die juristische Sejmkommission, die am Mittwoch die Aufhebung des Pressedekrets über die Verbreitung unwahrer Nachrichten und über Beleidigungen beschloffen hatte, beriet gestern über das zweite Dekret des Staatspräsidenten in derselben Materie, d. h. über das Dekret betreffend das Presserecht vom 10. Mai 1927.

Der Referent, Abg. Liebermann (PPE), unterzog die Verordnung einer scharfen Kritik und stellte einleitend fest, daß das Dekret über das Presserecht eigentlich „Dekret über Strafen für Redakteure, Zeitungsverleger und Kolportiere“ genannt werden müßte, da fünf Sechstel der Bestimmungen sich auf Gerichtsstrafen und das Gerichtsverfahren beziehen. Das Dekret führt in der Tat die Zensur ein, die durch die Verfassung verboten ist, ferner eine ganze Reihe von Bestimmungen, die mit der Konstitution nicht in Einklang gebracht werden können. Durch die Höhe der Geldstrafen und die Einführung der sogenannten Schmerzensgelder, wobei im ehemals preussischen Teilgebiet das Dekret die zweimalige Verurteilung eines Redakteurs zur Zahlung von Schmerzensgeld zuläßt, kann der Teil der Presse, der sich nicht auf großes Kapital stützt, dem Ruin entgegengeführt werden. Nach Ansicht des Referenten ist die Verordnung dadurch ein antidemokratisches Werkzeug. Das System der Strafmündeln, d. h. die Verurteilung des Redakteurs ohne seine Anhörung, müsse zu andauernden Schikanen und Verfolgungen führen. Der Referent teilt die Ansicht derjenigen, die Mißbräuche der Presse und die schädliche Tätigkeit des Teils der Presse ausrotten wollen, der die persönliche Ehre und das allgemeine Wohl mißachtet. Die zur Beratung stehende Verordnung könne jedoch zu diesem Ziele nicht führen. Es müßte im Interesse der Staatsbehörde liegen, die Position der sozialen Presse und der Redakteure dadurch zu stärken, daß eine journalistische Organisation ins Leben gerufen wird, die mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, die Aufgabe hätte, über die Würde und das hohe Niveau des Standes der Redakteure zu wachen.

Der Referent schloß mit dem Antrag auf unverzügliche Aufhebung des Dekrets und auf die Wahl einer Unterkommission, die ein Pressegesetz auszuarbeiten hätte, das einerseits den Bedürfnissen des Staates und der Gemeinschaft Rechnung trägt, andererseits auf dem Grundsatze der durchaus notwendigen Pressefreiheit angefaßt wird. Das aufgehobene Dekret könnte als Unterlage für die Diskussion an dem neuen Pressegesetz dienen.

In der Diskussion sprachen die Abgeordneten Lypcewicz (Wyzwolenie) und Bartlas vom Jüdischen Klub. Einer scharfen Kritik unterzog das Dekret der Abgeordnete Sommerstein vom Jüdischen Klub, der den Nachweis führte, daß es ein typisches Mauthorngesetz darstelle, da den ausführenden Organen die Möglichkeit gegeben werde, die oppositionelle Presse zu vernichten. Das Pressegesetz habe sich in einer Reihe von Bestimmungen, oft sogar wörtlich, das unlängst erlassene Finanzstrafgesetz zum Muster genommen, das sich gegen Schmuggler, Steuerdefraudanten und Besitzer geheimer Brennerien richte.

Abg. Marian Senda (Nationaler Volksverband) hob hervor, daß sämtliche Kritiken, ja sogar die positive Opposition und Arbeit des Sejm an dem neuen Pressegesetz den Versuch der Regierung nicht verhindern würden, zum dritten Mal mit unglücklichen Pressedekreten hervorzutreten. Es werde nichts anderes übrig bleiben, als das Pressegebiet aus den der Regierung erteilten Vollmachten auszuschließen. Nach den bisherigen mißlungenen Experimenten der Regierung dürfte diese Notwendigkeit von allen Parteien ohne Unterschied der politischen Richtungen anerkannt werden.

Auch die übrigen Redner teilten die Ansicht des Referenten mit dem einzigen Unterschied, daß zwei Abgeordnete den Antrag stellten, daß die Verordnung mit dem Augenblick die Gesetzeskraft verlieren solle, da das neu bearbeitete Presserecht in Kraft tritt. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, dagegen wurde der Antrag des Referenten einstimmig mit 25 anwesenden Stimmen zum Beschluß erhoben.

Der Vorsitzende Abg. Marek stellte in bezug auf den Vorschlag des Abg. Senda, daß das Pressegebiet aus den Regierungsvollmachten ausgegliedert werden solle, fest, daß die einzelnen Klubs den Vorschlag zur Kenntnis nehmen und ihn dadurch realisieren können, daß sie mit einem gemeinsamen Antrag im Sejmplenum hervortreten.

Der Kommission, die das neue Pressegesetz auszuarbeiten soll, gehören an die Abgeordneten Lieberman (PPE), Marek (PPE), Senda (Nationaler Volksverband), Wittner (Christliche Demokratie) und Sommerstein (Jüdischer Klub). Die Unterkommission hat ihre Arbeiten unverzüglich aufgenommen und noch gestern nachmittag den ersten Teil des Projekts, der 33 Artikel umfaßt, erledigt. Zur Zusammenarbeit wurde auch der Vertreter des Verbandes des Journalisten-Syndikats geladen.

Der Kampf um das Wahlrecht für Militärpersonen.

Warschau, 7. Juli. (PPE) In der gestrigen Sitzung der vereinigten Verfassungs- und Militärkommissionen des Sejm erkrankte Abg. Zainka vom Nationalen Volksverband den Bericht der besonderen Unterkommission über die Einschränkung des Wahlrechts für Offiziere und Mannschaften. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig in dritter Lesung der Gesetzentwurf angenommen, der das bisherige Gesetz über die Rechte und Pflichten der Offiziere und Mannschaften in dem Sinne novelliert, daß sowohl den Offizieren als auch den Mannschaften das passive Wahlrecht zum Sejm und Senat, jedoch weder das aktive noch das passive Wahlrecht zu den Selbstverwaltungs-körperschaften zusteht.

Abg. Polakiewicz (Bauernpartei) kündigte an, daß er einen Antrag einbringen werde, nach welchem die Militärpersonen von den kommunalsteueru befreit werden sollen.

Der neue Präses des Wosener Liquidationskomitees.

Wir hatten bereits berichtet, daß zum Staatskommissar für Fragen der Liquidierung von deutschem Eigentum und zum Präses des Liquidationskomitees in Wosener der Wosjewodschaftsrat Dr. Stanislaw Zielinski ernannt worden ist.

Dr. Zielinski stammt aus Lublinitz, das Gymnasium besuchte er in Gnesen, wo er mit noch anderen Mitschülern aus der achten Gymnasialklasse relegiert wurde, da er einem geheimen Gymnasialzirkel angehörte. Die Reifeprüfung legte er in Lemberg ab und studierte hierauf in München, Leipzig, Berlin und Breslau. Nach Beendigung der juristischen Studien widmete sich Dr. Zielinski dem Bankfach, aus dem er jedoch infolge des Weltkrieges herausgerissen wurde, da man ihn zum deutschen Heeresdienst einzog. Nach dem Aufstande in Großpolen übernahm er am 2. Januar 1919 als erster polnischer Beamter aus der Mitte des Obersten Volksrats aus den Händen des preussischen Regierungspräsidenten die Finanzverwaltung des Wosjewodschaftskamers. Im Jahre 1920 zum Wosjewodschaftsrat ernannt, blieb er auf diesem Posten bis zu seiner Ernennung zum Präses des Liquidationskomitees.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Kattowitz, 6. Juli. Wie die „Polonia“ meldet, stießen 26 „Aufständische“, die zu einem Vergnügen nach dem Orte Birkow unterwegs waren, in der Nähe des Dominiums Michalkow auf drei Brüder Delpus und ihren Vater, mit denen sie aus nicht aufgeklärter Ursache in Streit gerieten, der in Tätlichkeiten ausartete. Während keiner der Aufständischen verletzt wurde, da die Überfallenen waffenlos waren, wurde Josef Delpus durch einen Messerstoß in den Rücken tödlich verletzt und starb wenige Stunden nach dem Zusammenstoß. Von einer Verhaftung des Täters hat man bisher nichts gehört.

Die „Polonia“ zieht aus der Tatsache, daß bei dem Streit 26 gegen 4 standen und einer von den 26 trotzdem zum Messer griff, den Schluß, daß dies wieder die Unsicherheit in Oberschlesien offenbare.

Deutsches Reich.

Der deutsche Nationalfeiertag.

Der Reichsrat hat am Donnerstag in öffentlicher Sitzung mit 42 gegen 25 Stimmen einem von den vereinigten Ausschüssen empfohlenen Antrag der preussischen Regierung zugestimmt, der besagt, daß der Reichsrat sich für den 11. August als Nationalfeiertag ausspricht.

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Strelitz.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz ist folgendes: (Die Zahlen in Klammern sind die Stimmerngebnisse der Landtagswahl am 8. Juli 1923.) Deutschnationale 10 309 (12 173), Deutsche Volkspartei 2022 (2783), Wirtschaftspartei 505 (keine eig. L.), Hausbesitzer 1556 (keine eig. L.), Handwerker 4603 (keine eig. L.), Bund der Kleinlandwirte 1739 (2046), Demokraten 3041 (keine eig. L.), Sozialdemokraten 15 137 (11 458), Völkische 2266 (4458), Kommunisten 4121 (10 342), Ungültig 559. Der neue Landtag setzt sich wie folgt zusammen: Völkische 1, Deutschnationale 10, Deutsche Volkspartei 1, Wirtschaftspartei 0, Hausbesitzer 1, Handwerker 4, Bund der Kleinlandwirte 1, Demokraten 2, Sozialdemokraten 12, Kommunisten 8.

Trotz des Stimmenzuwachses, den die Sozialdemokratie auf Kosten der Kommunisten erreicht hat, wird eine Änderung des bisherigen Kurzes in Mecklenburg-Strelitz kaum erfolgen. Allerdings wird es notwendig sein, daß die bürgerlichen Parteien sich fest zusammenschließen. Bei einem Zusammenschluß der nationalen Parteien, der Wirtschaftspartei und der Demokraten, dürfte es weiter möglich sein, eine bürgerliche Regierung von sicherer Dauer zu bilden.

Wolffharter v. Hoersch operiert.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, der sich zurzeit in München in der Kuranstalt Neuwittelsbach befindet, unterzog sich am Mittwoch einer Halsoperation. Diese ist gut verlaufen. Das Befinden des Botschafters ist zufriedenstellend.

Aus anderen Ländern.

Überzeichnung der Danziger Anleihe in Holland.

Haag, 7. Juli. Die gestern in Holland aufgelegte Anleihe der Stadt Danzig in Höhe von 237 500 Pfund Sterling in hundertprozentigen auf 20 Jahre unfällbaren Sterlingobligationen wurde mehr als überzeichnet.

Noch immer das Zaniboni-Attentat.

Rom, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In Rom ist der ehemalige Finanzminister Zaniboni wegen Mitternacht bei dem Anschlag Zanibonis auf Mussolini zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Bommerellen.

8. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

* Verband deutscher Katholiken. Kürzlich fand im „Goldenen Löwen“ bei zahlreicher Beteiligung die Generalversammlung des Verbandes statt.

* Kirchliches. Am Sonntag, den 3. Juli, wurden die deutschkatholischen Kinder das erste Mal zum Tische des Herrn geführt.

* Das Walderholungsheim am Rudniker See soll wieder eröffnet werden. Der heutige Frauenverein für Armen- und Krankenpflege unternahm kürzlich einen Dampferausflug nach Kiedlis.

(o) Ein Eisenbahnunfall ereignete sich bei Waldau nachts 11 Uhr bei Wärterhaus 24, so daß der Verkehr auf der Strecke Thorn—Graudenz unterbrochen ist.

waren im Güterzuge und sind mit abgestürzt, glücklicherweise ohne zu explodieren. Wohl verspäteten sich die fahrplanmäßigen Züge um eine halbe Stunde, verkehrten aber jetzt fahrplanmäßig.

* Der zunehmende Autoverkehr macht die Errichtung von Benzintanks erforderlich. Im Vorjahre wurden auf dem Getreidemarkt gleich drei Benzintanks eingerichtet.

* Zusammenstoß. Vorachtern nachmittag fuhr in der Lindenstraße das Auto P. M. Nr. 13310 (Autobus 22) mit einem Motorrad zusammen, das leichte Beschädigungen davontrug.

Thorn (Torun).

—dt Personalnachricht. Der hiesige Bezirksrichter A. Waszkowski, welcher längere Zeit Kreisrichter war, ist vom Staatspräsidenten zum Procurator am Höchsten Gericht in Warschau ernannt.

—dt Seit ca. zwei Jahren liegt der Platz an der Graudenzstraße (ehemals Fabrikshuppen von Krause) gänzlich vernachlässigt da. Die alten Fundamente, Steinhäufen und Schutt liegen durcheinander.

—dt Aus Angst vor Strafe, weil sie nicht verfehlt wurde, verließ die Gymnasiastin Gertrud Rogucki ihre Eltern und begab sich zu Verwandten nach Alexandrowo; so ist wiederum ein „Verschwinden“ eines Mädchens aufgeklärt.

—dt Radfahrer, welche schon oft von Fahrraddiebstählen gelassen haben, schließen ihre Fahrräder bei Befahrungen ab, so daß ein Stehlen ausgeschlossen ist.

—dt Spargeldiebstahl. Dem Gärtner Lewandowski in Weiskhof hatten vier Knaben im Alter von 16 Jahren sämtlichen Spargel gestohlen — und hatten noch die Dreifachheit, den gestohlenen Spargel auf dem Markte zum Verkauf feilzubieten.

* Gdingen (Gdynia), 7. Juli. Neues Kreislandamt. Die Ausgabe 59 des „Dziennik Ustaw“ enthält eine Verordnung des Agrarreformministers, durch welche auf dem Gebiet der territorialen Zuständigkeit des Bezirkslandamts in Graudenz ein Kreislandamt in Gdingen ins Leben gerufen wird.

* Karthaus (Kartuz), 6. Juli. Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich hier am Dienstag in den Nachmittagsstunden. Die Frau des Photographen Brillowski war mit dem Zubereiten des Nachmittagskaffees beschäftigt, welchen sie auf einem Spiritusapparat herstellen wollte.

Schmerzen windenden Frau. Ärzte ordneten die sofortige Überführung der Schwerverletzten in das hiesige Krankenhaus an, wo sie schon in der Nacht ihren entsetzlichen Qualen erlag.

h. Wöbau (Zubawa), 6. Juli. Am Eingang zum Stadtpark fand man am letzten Donnerstag die Leiche eines Mannes. Wie die näheren Ermittlungen ergaben, handelt es sich hier um den Wirtschaftsbeamten Adam Dobrowolski aus Radziejewo, Kreis Stargard.

p. Neustadt (Wesherowo), 6. Juli. Gestern mittags 12 Uhr fand eine außerordentliche Magistratsitzung zu Ehren des am 4. d. M. plötzlich verstorbenen früheren ersten polnischen Bürgermeisters unserer Stadt und nachmaligen Direktors der Bank Dystontomy, August Dobrowolski, statt.

u. Strassburg (Brodnica), 6. Juli. Feuer. Heute vormittag gegen 10 Uhr brach auf dem Gut Dpa lenica bei Strassburg Feuer aus, dem ein Gebäude mit vier Ställen zum Opfer fiel.

u. Strassburg (Brodnica), 7. Juli. Der Donnerstag-Bohnenmarkt war des schönen, warmen Wetters wegen reich, besonders mit Butter und Gemüße, besetzt. Für Butter zahlte man 2,40—2,60, Eier 2,30—2,50.

* Tuschel (Tuchola), 6. Juli. Schweres Automobilunglück. Der prakt. Arzt Dr. Gollnick fuhr heute morgen mit einem Automobil von Tuchel nach Gr. Bilsaw zur Impfschau.

Thorn.

Graudenz.

Nachruf.

Am Mittwoch entschlief nach längerem Leiden die verehrte Mutter unseres Chefs

Frau Amanda Krüger

geb. Fuchs.

Die Verstorbene hat sich durch ihr immer freundliches und liebenswürdiges Wesen unser aller Achtung und Liebe erworben.

Wir werden ihr stets ein ehrendes Gedemken bewahren.

Toruń, den 7. Juli 1927.

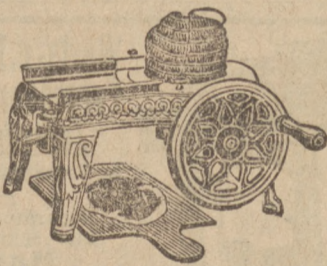
Die Angestellten.

Pianos

eichen, nußbaum u. schwarz mit voller Tonfülle empfehlen 8397

Gebrüder Tews

Möbel-Fabrik Telefon 84 Toruń Mostowa 30



Aufschnitt-Maschinen

für Haushalt u. Fleischereien empfehlen

Falarski & Radaika

Telefon 561 Toruń Telefon 529

Gämtliche Schreibwaren

für Büro und Kontor halte ich in nur guten, langjährig bewährten Qualitäten am Lager:

Justus Wallis, Toruń

gegr. 1853. Schreibwarenhaus gegr. 1853.

Walter Rothgänger Grudziadz

TELEFON NR. 900 Plac 23 Stycznia 25/26 (Getreidemarkt)

GETREIDE, HÜLSENFRÜCHTE, OELFRÜCHTE, SAMEREIEN, WOLLE, KARTOFFELN, FUTTERMITTEL, DÜNGEMITTEL, KOHLEN USW.

Wer in Graudenz Geschäfts-, Privat- und Familien-Anzeigen

wirkungsvoll aufgeben will, muß die größte deutsche Tageszeitung in Polen, die

Deutsche Rundschau

benutzen. Sie wird in allen deutschen und vielen polnischen Familien gelesen.

Anzeigen nimmt die Hauptvertriebsstelle

Arnold Kriedte, Buchhandlung,

Mickiewicza (Bohmannstr. 3, und alle Ausgabestellen entgegen.

Richtl. Nachrichten.

Sonntag, den 10. Juli 27. (4. n. Terminatus).

Radzyn (Nehden). Brm 10 Uhr Gotte dienit mit 6l. Abendgahlseler.

12 Uhr Kinder-Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Versammlung der Jungfrauen. Nachm. 5 Uhr: Verjammlg. d. Jünglinge.

Tapeten

die neuesten Muster in- und ausländischer Fabrikate in grosser Auswahl, sowie

Farben

Firnis, Lacke Stoffmalifarben

Grundfarben Schattiertöne. Flitter Schmelz u. Wollstaub gestochene Pausen für Seidentlicher Kissen und Schals empfiehlt 7913

Graudenz

Tapetenhaus

inh. Wih. Schulz, Malermeister, Joz. Wybickiego 28, Telefon 471.

Drehbant

von 1—2 1/2 m zu kaufen gesucht. 9015

Brude, Grudziadz,

Plac 23 Stycznia 22.

Spaziertwagen

neue und gebrauchte habe ständig auf Lager.

Billige Preise!

Große Auswahl!

H. Kotliński,

Grudziadz, 8821 ul. Mickiewicza 24.

Lehrling

steiff ein B. Keller, 8817 Schmeidermeister, Szolna Wladowa 2/4.

Auskunft u. Defektbüro

„Isnad“ Toruń, Sukiennicza 2, II erledigt sämtliche Angelegenheiten, auch familiäre, gewissenhaft und diskret. 8957

Gelucht Dame

die selbständ. Geschäftsbücher führt. Bewerbung in Dtlch. u. Poln. mit Zeugnisabsicht u. Gehaltsanpr. z. richten unt. G. 3230 an Ann.-Exped. Wallis, Toruń. 8971

Franz Zähler

Eisenhandlung Toruń, ul. św. Ducha 3. Telefon Nr. 1.

Kolz (Platt) Kohlen

ständig auf Lager. Dasselbst ein großer

Speicher

zu verpachten. 8760

Laden

sofort zu vermieten Toruń, 9020 Sw. Ducha 6/10.

Autodroschte Nr. 21

6-Sitzer, neu überholt, übernimmt Bestellung, für weitere Touren. 9057

Antängerin, die sich in Kontorarbeiten

weiter ausbild. möchte, gef. Angeb. m. Gehaltsanprüchen unter G. 3229 an Ann.-Exped. Wallis, Toruń. 8970

Tüchtigen Stellmachergelefen

stellt sofort ein. 8021

Neumann. Wagenbauerei m. Krattbetr.,

Bahnhof Papowo-Toruńskie.

schwer verletzt hervorgezogen. Beide Beine sind im Kniegelenk gebrochen, außerdem ist das rechte Ohr abgerissen. Mit einem Kautau wurde der Schwerverletzte nach Königs ins Borromäusstift geschafft, wo er vor kurzem erst eine schwere Blinddarmpoperation durchgemacht hat. Das Automobil ist vollständig zertrümmert. Die Anteilnahme der Bevölkerung an dem Unfall des allgemein beliebten Arztes ist sehr groß.

Freie Stadt Danzig.

*** Danzig, 6. Juli.** Feuer auf der Danziger Werft. An dem 15 mal 3 Meter großen Holzschuppen der Gießerei auf der Danziger Werft entstand Montag abend um 9 Uhr Feuer. Da der Schuppen mit Ballen gefüllt war, hatte das Feuer reichliche Nahrung und konnte den Schuppen vollständig vernichten. Den Brand soll die starke Hitze in der Gießerei verursacht haben. Das Feuer wurde von der städtischen Feuerwehr und der Betriebswehr der Werft mit vier Röhren bekämpft. Nach 1 1/2 stündiger Arbeit konnte die Stadtfeuerwehr wieder abrücken. — Zwei Mädchen beim Baden ertrunken. Zwei junge Mädchen sind im Sammelbecken des Kraftwerks Böllau ertrunken. Es handelt sich um die 18jährige Tochter des Kutschers Brombey und die 16jährige Tochter des Schweizers Domroffe aus Gr. Böllau. Die beiden Mädchen badeten. Dabei geriet die D. in eine tiefe Stelle, so daß sie in Gefahr war, zu ertrinken. Ihre Freundin B. wollte sie retten, da sie des Schwimmens kundig war, jedoch klammerte sich die D. so fest an ihre Retterin, daß beide Mädchen in die Tiefe sanken. Der Bräutigam der B. sprang ins Wasser, konnte jedoch keins von den Mädchen retten. Die Leichen sind bisher nicht geborgen.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

*** Barten, 7. Juli.** Schwere Jugendtötung. Am Montag nachmittag 13.30 Uhr entgleiste zwischen Barten und Gerdaun, 200 Meter hinter der Station Barten, wenige Meter hinter einer Weide, ein Kleinbahnzug. Die Lokomotive Nr. 8 sprang aus den Schienen, verlor das Gleichgewicht und kippte seitwärts um. Der nachfolgende Post- und Gepäckwagen sprang mit einer Achse ebenfalls aus den Schienen. Lokomotivführer und Heizer hatten sich beim Sturz der Maschine krampfhaft im Führerstand festgehalten und vermochten sich glücklicherweise unverletzt zu retten. Der Personenwagen kam ruckartig zum Stehen.

*** Landeck, 7. Juli.** Großfeuer. In der Nacht zum Dienstag in der ersten Stunde brach in dem Wohnhaus des Aderbürgers Meier in Abl. Landeck ein Großfeuer aus, das innerhalb kurzer Zeit das Gebäude mit anschließendem Stall vernichtete. Außer einem Pferd und einer Kuh ist sämtliches Vieh verbrannt. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Rundschau Des Staatsbürgers.

Eine Passkontrolle für Auslandsreisen.

Die Auslandskonsulate haben den Zentralbehörden in Warschau eine Reihe von Informationen über Personen zugehen lassen, die ermäßigte Auslandspässe zur Ausreise zu internationalen Kongressen erhielten, statt zu den Kongressen jedoch nach Badeorten abgereist sind. Im Zusammenhang damit hat das Finanzministerium von den Konsulaten die Zusendung der Teilnehmerverzeichnisse sämtlicher Auslandsauftragungen eingefordert. Sollte es sich herausstellen, daß die Inhaber ermäßigter Pässe das Vertrauen der Behörden mißbraucht haben, so sollen sie, wie polnische Blätter melden, gezwungen werden, den Differenzbetrag für einen vollen Auslandspaß zuzuzahlen. Außerdem will man sie zur strafgerichtlichen Verantwortung ziehen.

Standard Oil und Naphtha-Syndikat.

Die weltpolitische Bedeutung des russischen Erdöls

Die Standard Oil Company, der größte Petroleumtrust der Welt, hat im Gegensatz zu der englisch-holländischen Petroleumgesellschaft, der Shell-Company, rege Geschäftsbeteiligungen mit dem allrussischen Naphtha-Syndikat unterhalten. In letzter Zeit haben nun in Amerika Verhandlungen stattgefunden, die noch zu einer Vertiefung der bereits bestehenden Verbindung geführt haben, wenn auch die sensationellen Nachrichten über einen amerikanisch-russischen Petroleumtrust sich in dieser Form als nicht zutreffend erwiesen haben. Fest steht aber, daß die Erneuerung der bereits bestehenden Verträge und ihre Ausgestaltung im wirtschaftlichen und politischen Sinne von höchster Bedeutung ist. Wird doch dadurch offenbar, daß Amerika nicht dem englischen Beispiele des Boykotts Russlands folgt, sondern eher im Gegenteil einer Intensivierung der Geschäftsbeziehungen nicht unfreundlich gegenübersteht. Für Russland ist der günstige Ausgang dieser Petroleumverhandlungen von höchstem Werte; denn seine Petroleumquellen bilden nebst der Getreideausfuhr das bedeutendste Aktivum seiner Wirtschaft. Die Sowjetführer haben dies von Anfang an auch in aller Klarheit erkannt und haben dem Ausbau der Petroleumquellen die höchste Aufmerksamkeit geschenkt, mit dem Erfolge, daß die Produktionsproduktion bereits über die Schrittmittel ist.

Die Hauptfragen des russischen Naphtha-Syndikates liegen aber nicht auf dem Gebiete der Produktion, sondern vielmehr in der Sphäre des Absatzes. Einmal herrscht Erdölüberfluß auf dem Weltmarkt, so daß man bereits von einer Petroleumknappheit in Amerika gesprochen hat, sodann bereitet der englische Markt der Einfuhr russischen Erdöls die größten Schwierigkeiten und sucht darüber hinaus dem Vordringen des russischen Öls auf allen Märkten Widerstand entgegenzusetzen. Erstverwend kommt hinzu, daß der innerrussische Markt noch kaum aufnahmefähig ist, daß also die russische Naphtha-Industrie aus diesen und aus währungsrechtlichen Gründen ganz auf die Ausfuhr angewiesen ist. Der geschworene und mächtige Feind des russischen Erdöls ist der Generaldirektor der Royal Dutch Shell, Peterding, der keine Gelegenheit verläßt, um mit den schärfsten Worten sich gegen die Einfuhr russischen Erdöls auszusprechen und der besonders mit dem Argument arbeitet, daß es unter der Würde eines Kaufmanns stehe, sich für den Weitertrieb von der Sowjetregierung „gekohlten“ Öls einzusetzen. Er meint hiermit die entgeltungslose Entleerung amerikanischer, französischer und englischer Bestände an russischen Erdölquellen.

Die russische Erdölproduktion hat sich seit Einführung des „Per“ verdoppelt und dürfte in diesem Jahre schon die Vorkriegsproduktion übertreffen. Die drei großen Trusts „Amoco“ (Waku), „Grosneft“ (Grosny), „Embancost“ (Ural und Kasakas) haben durch Tiefbohrungen, Ersetzen von Dampf durch Elektrizität usw. die Ertragsfähigkeit der Quellen so gefördert, daß die Produktion größer war, als programmmäßig vorgesehen. 1913 wurden in Russland 8 751 000 Tonnen Rohöl gewonnen, 1924/25 6 961 000 und 1925/26 8 207 000. Die Ausfuhr von Erdöl erzeugnissen war im Jahre 1924/25 schon größer als die Vorkriegsausfuhr, und diese Ausfuhrsteigerung hat sich auch in den Jahren 1925/26 fortgesetzt, sie umfaßte 1 472 000 Tonnen. Den größten Anteil an der Leistungssteigerung hatte der Bau der Naphthalenleitung Vaku-Batum, die ein Durchlahvermögen von 100 Millionen Pud haben soll und die Kosten in Höhe von 32,5 Millionen Rubel verursacht hat. Diese Mittel, die die russische Volkswirtschaft kaum bereitstellen konnte, wurden zum großen Teile von der Standard Oil Company zur Verfügung gestellt. Dies ist nicht die einzige Kapitalanlage, die der amerikanische Petroleumtrust in Russland gemacht hat. Die Standard Oil hat das Geld bewilligt für die Errichtung einer großen Naphtha-Destillationsanlage in Batum, für die sie sich das Pachtrecht für drei Jahre und nach Ablauf dieser Frist Anspruch auf Verlängerung um weitere drei Jahre gesichert hat. Nach Fertigstellung dieser Fabrik können jährlich 9 Millionen Pud Rohnaphtha raffiniert werden. Weitere Raffinationsanlagen sind im Bau, an denen ebenfalls die Standard Oil maßgeblich beteiligt ist.

So kann man verstehen, daß bei den erheblichen Kapitalinvestitionen die Standard Oil Company die Verträge mit den Russen, die sich in der Hauptsache auf die Übernahme des Verkaufs auf dem ägyptischen und türkischen Markt, sowie auf Lieferungsverträge für Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei beziehen, nicht nur verlängert, sondern sogar erweitert hat. Das wird zu einer weiteren Verstärkung auf dem Weltrotemarkt führen. Besonders die mächtige englisch-holländische Petroleumgruppe wird alles daran setzen, um das russische Erdöl zurückzudrängen.

Wirtschaftliche Rundschau.

50 Millionen Zloty für den Ankauf von Getreide.

Warschau, 7. Juli. Auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats wird die Landwirtschaftsbank nach der Ernte auf dem Inlandsmarkt Getreide ankaufen, um eine Getreidereserve für den Bedarf der Städte zu schaffen und regulierend auf die Preise einzuwirken. Insgesamt wird ein Ankauf von 100 000 Tonnen Roggen getätigt werden, d. h. soviel, wieviel aus Polen nach der vorjährigen Ernte ausgeführt wurden. Nach dem Gutachten des Sachverständigen wird diese Getreidereserve zur Befriedigung des Bedarfs des Inlandsmarktes und zur wirksamen Regulierung der Preise ausreichen. Die Regierung stellt der Landwirtschaftsbank für diesen Zweck einen Fonds in Höhe von etwa 50 Millionen Zloty zur Verfügung.

Die Transporte auf polnischen Bahnen haben im Mai im Tagesdurchschnitt um 942 Waggons gegenüber April und um 3809 Waggons gegenüber dem Mai des Vorjahres auf 12 955 Waggons zugenommen. Die Erhöhung entfällt in der Hauptsache auf Kohlen-, Holz- und Industrieerzeugnisse-Beförderung. In Danzig kamen zur Verladung 362 205, in Gdingen 77 008, in Dirschau 19 231, insgesamt also 458 444 Tonnen bzw. 49 382 Tonnen mehr als im September v. J., in dem während des englischen Streiks das Maximum erreicht worden war. Durch diese starke Steigerung der Transportfähigkeit wird allerdings der von uns schon des öfteren erwähnte Mangel an Waggons wieder unannehmlich fühlbar, der bereits vor einigen Wochen zu einer Verzögerung der standgeldfreien Frist für Waggons geführt hat. Laut einer Verfügung des Verkehrsministeriums erhält bei Holztransporten für den Export bearbeitetes Holz den Vorrang in der Waggongestellung.

Die polnische Einfuhrermäßigung für Maschinen und Apparate, die im Inlande nicht erzeugt werden und einen Teil von technischen Einrichtungen ganzer Abteilungen von Industrieunternehmen darstellen oder zur Herabsetzung der Produktionskosten bzw. zur Erhöhung der Produktion der Industrie und der Landwirtschaft dienen sollen, wird laut einer festschreibenden Verfügung (Nr. 58) veröffentlichten gemeinsamen Verordnung des Finanz- und des Handels- und des Landwirtschaftsministeriums bis 30. September in Kraft bleiben. Sie beträgt bekanntlich 80 Prozent (sodas also nur 20 Prozent des Normalzolls erhoben werden) und war zuletzt bis 30 Juni d. J. befristet. Für die in der Zeit vom 1. Juli bis einschließlich 30. September ohne Zollermäßigung eingeführten Waren, die aus dieser Verordnung hätten Nutzen ziehen können, kann der Unterschied zwischen dem Normalzoll und den ermäßigten Gebühre zurückgezahlt werden, sofern die Zollämter die Identität der nach der Verordnung in Betracht kommenden Waren feststellen. Der Finanzminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Handelsminister, für welche bereits vor dem 30. Juni erteilten Genehmigungen zur Einfuhr bei ermäßigten Zöllen die Fristen verlängert werden können. Die wichtigste Bestimmung der neuen Verordnung, die jedoch gleichzeitig eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, d. h. eine Einschränkung der Zollermäßigung bedeutet, besagt, daß nunmehr, d. h. mit Wirkung vom 1. Juli er., der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Handelsminister in jedem einzelnen Falle entscheidet, ob die Zollermäßigung anzuwenden ist. Nach dem Wortlaut der letzten Verordnung über die Fristenverlängerung für diese Zollermäßigung war den genannten Ministern nur vorbehalten, die Maschinen und Apparate näher zu bestimmen, die zu den nicht in Polen hergestellten gehören. Die jetzige Änderung dieser Bestimmung läuft darauf hinaus, der Regierung auch die Prüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeit der in Frage kommenden Maschineneinfuhr vorzubehalten.

Auf den polnischen Holzmärkten läßt sich noch immer namentlich in den östlichen Gebieten eine starke Nachfrage nach größeren Waldböckeln von seiten ausländischer Firmen, darunter besonders von deutschen, feststellen. Unter diesem Einfluß sind die Preise für Waldböckel innerhalb des letzten Halbjahres um durchschnittlich 50 Prozent in die Höhe gegangen. So wurde vor kurzem in Posen ein Waldböckel, das 15 km von der Bahnstation entfernt liegt, zu einem Durchschnittspreis von 3 Dollar je cbm Fichte verkauft. Nachfragen nach ähnlichen Objekten liegen außer von Berlin u. a. aus Wien und Ungarn vor. Auf dem Bialowieser Holzmarkt herrscht weiterhin Mangel an Tannen- und Fichtenholz. In den Randbezirken werden je cbm Fichtenstämme franco Wagon Verladung bei einem Durchmesser von über 18 cm am Sopsende 30 Pl. gezahlt, bei über 20 cm 32 bis 34 Pl., bei über 22 cm 42 bis 48 Pl. Für Bündelholz ist die Tendenz fest. Die Exporteure zahlen bei Ware von 25 cm Sopsdurchmesser und mehr 30 bis 31 Pl. loco Wagon polnisches Randgebiet. Espe von 23 bis 24 cm bringt 22 bis 23 Pl. Infolge der Verteuerung der Rohholzes steigen natürlich auch die Preise für Schnittmaterial. Mit zunehmender Belebung des Baumarktes ist ein weiteres Anziehen zu erwarten.

Höhere deutsche Privatschule zu Chodziej (Kolmar)

nimmt für das neue Schuljahr (Beginn am 4. August) Schüler und Schülerinnen in Klasse I-V auf. Gute Pension im eigenen Hause (Schülerheim) für 70 Zl monatlich. Aufsicht, Hilfe bei Schularbeiten durch Lehrkräfte. Meldungen an Pfarrer Schwerdtfeger, Chodziej, 8844 Das Kuratorium.

3 Schober Haferstroh sowie Roggenstroh

verkauft schober- und fuhrweise. Fuhrwerkswage am Orte, sowie auch

400 Ztr. Hafer

zu angemessenen Preisen, auch in kleineren Mengen, hat abzugeben

Isidor Wojtanowski, Gut Kamieniec, poczta Strzelewo, Telefon Strzelewo 16, 4736

Tomatenpflanzen

mit Topfballen in jeder Stärke 8749

Gemüsepflanzen

Blumenpflanzen

Teppichbeepflanzen

Schling- und Kletterpflanzen

Balkonpflanzen

alles in größter Auswahl. Bei Abnahme großer Posten äußerst billigste Preise.

Jul. Ross,

Gartenbaubetrieb, Sw. Trójcy 15. Tel. 48.

Hafer

geben waggonweise sowie in kleineren Mengen ab 9067

Kruczyński i Ska, Bydgoszcz, Grunwaldzka 142, Telefon 1323 u. 1333.

Arbeits- und Rutschgeschirre

in groß. Auswahl habe stets a. Lager sehr billig.

Auch nehme Sattler- u. Tapeziererarbeiten entgegen. 4159

M. Zybortowicz, Sattlermeister, Bydgoszcz, Kujawska 29.

Heirat

Landwirtschöcher eogl., wünscht die Bekanntschaft, ein. Herrn zw.

Einheirat in Landwirte. Vermögen 9 Tausend z. u. Müssen 9 Herrenzusgang 20-40 Jhr. alt, woll. ausführl. Zulchr. u. 3.9014 an die Gchit. dieser Zeitung einjend.

Geldmarkt

Erstl. Rosenthaler Vorkollan, 125 teilig, ichente ich demjenigen, der mit 3-5000 zl aeg. iolde Zinsen leicht. Sicherheit vorhanden. Off. u. N. 4782a. d. G. d. 3.

ZEICHENPAPIER



IN BOGEN UND ROLLEN

A. DITTMANN i. Z.

BYDGOSZCZ

JAGIELLOŃSKA Nr. 16, DWORCOWA Nr. 6

Kirchenzettel.

Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. Fr. L. = Freitauen.

Sonntag, den 10. Juli 1927. (4. n. Trinitatis)

Bromberga. Paulskirche. Vorm. 8 Uhr: Pr. Befehl. — Nachm. 5 Uhr: Versammlung des Jung-Mädchenevereins im Gemeindepal. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelst. im Gemeindepal. Pr. Befehl.

Evangel. Pfarrkirche. Boem. 10 Uhr: Pfarrer Befehl. Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr: Blautreuzversammlung im Konfirmationsaal.

Christuskirche. Boem. 10 Uhr: Pr. Wurmbecher. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Jungmänner-Verein im Gemeindepal.

Luther-Kirche. Franzenstraße 87/88. Boem. 10 Uhr: Lesegottesdienst. Boem. 10 1/2 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 1 1/2 Uhr: Versammlung des Jugendbundes Nachm. 5 Uhr: Erbauungsstunde.

Ev. luth. Kirche. Poln. nerstraße 13. Boem. 9 1/2 Uhr: Beichte. 10 Uhr: Predigt-Gottesdienst. — Freitag, abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Christl. Gemeinschaft. Marcinowski (Fischerstraße) 8b. Nachm. 3 1/2 Uhr: Jugendmädchen-Verein.

In anerkannt bester Ausführung kaufen Sie preiswert und unter günstigen Bedingungen **Prima Polstermöbel** Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer Vorplatz-Möbel und Küchen **F. Wolff, Möbelhaus Bydgoszcz** bei ulica Grunwaldzka Nr. 101. Eigene Werkstätten. Fachmännische Bedienung

Warta- u. Phoenix-Nähmaschinen Fahrräder Argus u. Dürkopp Diana Zentrifugen Dürkopp Alpina in Ersatzteilen größte Bestände — Telefon 3733 — 6312 Reparaturen preiswert, sachgemäß und schnell, auch Teilzahlungen. **Maschinenhaus Warta G. Pietsch, Poznań Wieka 25**

Wegen Aufgabe des Lagers billig zu verkaufen: **Dachpappe Wagenfett Pflugteile Sensen Klebmasse** Kreislandbund-Genossenschaft Sp. z. z. ogr. odp. 8959 **Wąbrzeźno.** Wer führt umfangreich. Schindeldachreparatur. für Scheune aus und zu welchen Bedingungen? Offerten unter 3. 8769 an die Geschäftsstelle d. Zeitung. **Paradiesgarten Alt-Bromberg. Täglich Künstler-Konzert! Dancing!** auf der Freiluft-Diele Sonntags 9083 **Matiné-Konzert.**

Lloyd Bydgoski dawniej Bromberger Schlepsschiffahrt Tow. Akc. Von Mittwoch, den 6. Juli ab bis auf weiteres, fährt außer Sonn- und Feiertagen **an jedem Mittwoch und Sonabend** ein Personendampfer nach Brdujskie. Abfahrt Bydgoszcz um 15 Uhr (3 Uhr nachm.) Brdujskie „ 19 „ (7 „ abends).

III. Internationales Preisgegn! Preise im Werte von **10000 zł.** 20 Prämien. I. Prämie 1 Klavier 3000 zł II. „ 1 Herrenzimmer 2300 zł III. „ 1 Porzellan-Service, 1000 zł IV. „ 1 goldene Uhr (Marke J. B. C.) 600 zł und weitere 16 Prämien, welche im Café Bristol, ul. Mostowa, ausgestellt sind. Das Kegeln dauert vom 10. Juli bis 14. August 1927 und zwar täglich ab 10 Uhr ohne Unterbrechung bis 24 Uhr. **Offizielle Eröffnung der Kegelnbahn am 10. Juli, um 9 Uhr, mit Militärkonzert des 16. Ulanen-Regts.** Um möglichst geschlossene Beteiligung bittet **Wincenty Kujawski Bydgoszcz, ul. Fordońska 1.** Täglich Konzert und Dancing. Lokal bis 3 Uhr morgens geöffnet.

Brzoza Sonntag, den 10. Juli 1927 **Tanzvergnügen mit Konzert** wozu einladet **R. Behnke, Brzoza.**

Politischer Skandal-Prozess in Danzig.

Danzig, 6. Juli. Heute vormittag ist hier ein politischer Prozess zu Ende gegangen, der seit 7 Tagen die Gemüter der Bevölkerung in Erregung hielt. Vor Gericht stand der Führer der Deutsch-Danziger Volkspartei, einer sogenannten „Wirtschaftspartei“, der Abgeordnete Regierungsrat Dr. Blavier wegen Betruges, begangen durch Kreditgeschäfte. Außerdem war er wegen Verleitung der Staatsanwaltschaft angeklagt, weil er im Volkstag erklärt hatte, daß die Staatsanwaltschaft das Recht beuge. Nach umfangreichen Zeugenvernehmungen erkannte das Gericht wegen Betruges auf 3 Monate Gefängnis und wegen Verleitung der Staatsanwaltschaft auf 2000 Gulden Geldstrafe.

Nach Verkündung des Urteils bemächtigte sich des Publikums, das sehr zahlreich erschienen war, und des Angeklagten eine starke Erregung. Dr. Blavier sprang von seinem Sitz auf und rief mit lauter Stimme, daß er das Urteil nicht annehme, weil es sich nicht auf sachliche Gründe stütze. Das Gericht habe sich lediglich von politischen Rücksichten leiten lassen. Die Erklärung Blaviers wurde von dem Publikum mit Bravorufen quittiert. Beim Verlassen des Saals wurden sowohl von dem Publikum, das im Saale anwesend war, als auch von den Menschenmassen, die sich vor dem Gerichtsgebäude versammelt hatten, Dr. Blavier Ovationen dargebracht. Von seinen politischen Freunden wurde Dr. Blavier in ein blumengeschmücktes Auto geleitet, in dem er dann unter ständigen Ovationen des Publikums auf den Straßen, gefolgt von zahlreichen anderen Autos, eine Rundfahrt durch die Stadt machte.

Arbeitszwang statt Freiheitsentziehung.

Wichtige Änderungen des polnischen Strafgesetzes.

Warschau, 6. Juli. (P.M.). Der juristische Beirat beschloß sich dieser Tage unter dem Vorsitz des Präsides des höchsten Gerichts Dr. Mogilnicki mit folgenden Projekten von Verordnungen des Staatspräsidenten, die vom Justizministerium ausgearbeitet worden waren.

1. Mit dem Projekt einer Verordnung über die Umwandlung der Freiheitsentziehung in Arbeitszwang, statt der Geldstrafe.

2. mit dem Projekt einer Verordnung über den bedingten Strafschub auf dem Gebiet, in welchem das Gesetz über das Strafverfahren vom 1. Februar 1877 verpflichtet.

Der Rat hat sein Gutachten über die Projekte dem Justizminister vorgelegt. Das erste Projekt ist von großer Bedeutung für das ganze Gebiet der Republik, da es die Umwandlung einer uneinziehbaren Geldstrafe in die Pflicht unentgeltlicher Arbeit an Stelle der Haftstrafe ermöglicht. Das zweite Projekt erweitert die Einrichtung des bedingten Strafschubs durch das Gericht auf das ehemalige preussische Teilgebiet, die bereits in den anderen Teilen des Staates besteht. Das Gericht kann die Vollstreckung der Strafe der Freiheitsentziehung bis zu sechs Monaten für eine bestimmte Zeit hinauschieben, wenn angenommen werden kann, daß der Verurteilte sich eines neuen Vergehens nicht schuldig machen wird. Die gute Führung des Verurteilten hemmt, daß ihm die Strafe auf Grund des Rechts selbst zum Teil geschenkt wird.

Republik Polen.

Rückkehr der verirrten polnischen Flieger.

Warschau, 7. Juli. Die beiden polnischen Flieger, Leutnant Januszewski und Fähnrich Szurlej, hatten, wie gemeldet, am 29. v. M. bei einem Fluge von Warschau nach Wilna die Orientierung verloren, überflogen die Grenze und waren gezwungen, auf dem Flugplatz in Minsk zu landen. Die Sowjetbehörden internierten die beiden Flieger und führten eine Untersuchung durch. Am 5. d. M. wurde das Außenministerium durch ein Telegramm der Sowjetregierung davon benachrichtigt, daß die Sowjetbehörden den polnischen Fliegern bei ihrer Rückkehr in ihre Garnison keine Hindernisse in den Weg legen.

Der Doppelmord in Grüntal aufgeklärt.

Am 26. März wurde, wie seinerzeit ausführlich berichtet, das Niemerische Ehepaar in Grüntal ermordet. Es gelang nicht, den oder die Täter zu ermitteln, bis die Bemühungen der Polizei durch die Aussagen der Landwirtstochter Erika Parke in eine bestimmte Richtung gewiesen wurden. Sie sagte nämlich aus, daß sie am Tage vor der Ermordung des Ehepaars von zwei Männern nach dem Gasthof gefragt wurde. Unterdessen hatte man den Mörder des Händlers Piernik in Szymborze, Antczak, festgenommen und stellte ihn der Landwirtstochter gegenüber, die in ihm einen der beiden Männer erkannte. Antczak leugnete anfänglich seine Schuld an dem Grüntaler Mord und gab nur die Ermordung des Händlers Piernik in Szymborze sowie einige Diebstähle zu. Vor einigen Tagen hat er nun ein umfassendes Geständnis abgelegt, und unumwunden zugegeben, daß er das Ehepaar Niemer ermordet habe.

Antczak scheint eine Bestie in Menschengestalt zu sein. Als Besitzer einer Landwirtschaft hat er nicht Not gelitten und ist durch diese zu seinen Taten nicht gezwungen worden. Trotzdem: Am Abend des 23. März erschlägt er den Händler Piernik in Szymborze und raubt der Mutter desselben ihre Barschaft; gleich darauf eilt er nach Jassice, bricht hier in die Wohnung des Probstei ein, aus der er eine goldene Uhr und einen Ring stiehlt; kaum ist er damit fertig, bricht er in den umweir der Probstei befindlichen Schweinestall des Bahnbeamten Blazewski ein, dem er ein Schwein stiehlt. Beim Schlachten desselben wird er von B. erfaßt, dem er einige Messerstücke verleiht, um sodann zu flüchten. Aus Jassice begibt sich Antczak in derselben Nacht nach Argonau, wo er in das Gewand des Kaufmanns Kaczmarek einbricht, um daraus eine größere Menge von Garderoben zu stehlen. In derselben Nacht zündet er in Tarkowo eine Scheune an, um bei dem durch den Brand entstandenen Wirrwarr die Postagentur zu berauben, was ihm aber nicht gelingt. Er eilt nach Suchatowo, um in das dortige Gasthaus einzubrechen; beim Herausnehmen des eisernen Feuergerätes wird er aber überrascht und verhaftet. Es ist kaum glaublich, daß ein Mensch in einer Nacht dies alles fertigbringen konnte. Und dennoch wurden ihm alle diese Schandtaten nachgewiesen, so daß er sie eingestehen mußte. Drei Tage darauf verübte Antczak wieder einige Einbrüche: In der Kruschwitzer Bank Ludowy wurde er überrascht und mußte flüchten, aber bei Tynkoffski stahl er einen Dolch und bei Czopnowka Garderobe. In derselben Nacht „besuchte“ er noch Strelow, wo er durchs Fenster in einen Laden drang und eine Menge Leder stahl. Die Krone seiner Untaten bildet der graufame Mord an dem Niemerischen Ehepaar in Grüntal am 26. April d. J. Kaltblütig erschießt er zwei brave, unschuldige Menschen, ohne mit der Wimper zu zucken, und ergreift die Flucht, als Alarm geschlagen wird.

Nach diesem umfassenden Geständnis erwartet Antczak keine Aburteilung, durch die er die große Zahl seiner Verbrechen sühnen soll.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 8. Juli.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa heiteres Wetter, leichte Bewölkung und Gemitterneigung an.

§ Die bevorzugte Einziehung zum Militärdienst im Monat Juli auf eigenen Wunsch kann nur, worauf ausdrücklich hingewiesen sei, bei solchen Wehrpflichtigen erfolgen, die die Berechtigung zum 1½-jährigen Dienst haben und deren Einstellung bis zum Oktober dieses Jahres verlagert wurde.

§ Wegesperrung. Wegen Reparatur der Brücke auf dem Wege von Dobrcz zum Bahnhof Klarheim wird der genannte Weg in der Zeit vom 11.—15. Juli gesperrt.

§ Ein Pferde- und Viehmarkt findet am Dienstag, 12. Juli, auf dem Viehmarkt am Schlachthaus statt.

In zwei Kadendiebstahl als Lehrlinge beschäftigte ein hiesiger Kaufmann in der Danzigerstraße, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß diese Sprößlinge ihn andauernd bestahlen. Es sind dies: Paul Drzymyski und Leo Sitarek, die ihrem Chef Seidenstoffe, Leinwand, Gardinen, Hemden, Anzüge und Kleiderstoffe in erheblichen Mengen stahlen. Mitangeklagt wegen Begünstigung und Hehlerei sind: Anastasia Drzymyska, die Mutter des Paul und dessen Bruder Bronislaw Drzymyski, sowie die verheiratete Martha Guzińska, sämtlich von hier. Bei der polizeilichen Hausdurchsuchung bei den Hehlern fand man noch einen Teil der gestohlenen Waren, die teilweise schon verändert waren, vor. Der Bestohlene beklundete, daß die beiden Diebe nicht nur Waren, sondern auch Bargeld gestohlen hatten. Die Diebstähle wurden monatelang ausgeführt, ehe er davon etwas merkte. Der Angeklagte Sitarek entschuldigte ihn dann später mit etwas über 100 Zł. Dieser Betrag reichte aber bei weitem nicht aus, den erlittenen Schaden zu decken. Der Staatsanwalt beantragte folgende Strafen: Paul D. drei Monate Gefängnis, Sitarek zwei Monate Gefängnis, Anastasia D. sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, Bronislaw D. drei Monate Gefängnis, Guzińska drei Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete: Paul D. drei Wochen Gefängnis, Sitarek vier Wochen Gefängnis mit bedingter Bewährungsfrist für beide, Anastasia D. einen Monat Gefängnis oder 150 Zł Geldstrafe, Guzińska 50 Zł Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis, Bronislaw D. wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens müssen die Verurteilten tragen.

§ Ein Feuer entstand heute Nacht gegen 1 Uhr im Laden der Firma „Hermes“, Friedrichstraße 36. Der Nachwächter stellte Rauch im Laden fest und alarmierte sofort die Feuerwehr. Diese ging augenblicklich an die Bekämpfung des Brandes, der wahrscheinlich durch Kurzschluss entstanden ist. Nach einigen Stunden angelegter Arbeit konnte die Wehr wieder abrücken. Die Höhe des Schadens läßt sich noch nicht feststellen.

§ Aus der Brahe gestiftet wurde am 6. d. M. um 6 Uhr früh die Leiche des am 1. Juli ertrunkenen Mieczyslaw Rokoszyński.

§ Im dritten Polizeikommissariat, Berliner Straße 18, befindet sich eine Geldkassette 24 x 15, die wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührt. Die geschädigte Person kann sich im genannten Kommissariat melden.

§ Gefunden wurde eine Radeluhr; diese wurde im 5. Polizeikommissariat abgegeben, von wo sie durch den Besitzer abgeholt werden kann.

§ Verhaftet wurden zwei Diebe, ein Hehler, zwei Trinker, zwei Personen wegen Lärmens auf der Straße, ein Herumtreiber und eine von den Behörden gesuchte Person.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Freundinnen-Verein. Montag, den 11. d. Mts.: Ausflug nach Rinkau zur Waldwiese „Wulf“. Abfahrt 2⁰⁰, Rückkehr 7³⁰ und 9⁰⁰. Zahlreiche Beteiligung erbeten. (4792)

* Judewitz (Wobiedziska), 6. Juli. Die Beerdigung der fünf Opfer des Großfeuers in den drei Dachwohnungen des Kucitewicz'schen Hauses an der Posener Straße hat heute nachmittags 5 Uhr stattgefunden. Die Beteiligung war außerordentlich groß. Der eine Sarg barg die Mutter und ihre drei Kinder, der andere den sechsjährigen Tadeusz Ladyczowski.

* Rawitsch (Rawicz), 7. Juli. Das Städtische Schlachthaus hat eine bedeutende Verbesserung durch den Bau einer Kühl- und Eisanlage nach neuestem System erhalten. Die nahe Eisenbahnstation ermöglicht den Transport von geschlachtetem Fleisch ins Inland (Dabrowa, Wasin, Luba, Krakau usw.) und ins Ausland. — Befestigung der Starofkei. Wie aus Dobornik gemeldet wird, ist der dortige Starofkei Kazimierz Chmielewski zur Starofkei Rawitsch verlegt worden.

§ Volkstein (Wolfszyn), 7. Juli. Die evangelische deutsche Volksschule in Silz Hauland beging am letzten Sonntag ihr Schulfest, um ½ 8 Uhr erfolgte unter Vorantritt der Musikkapelle der Ausmarsch nach dem Festplatz, den der Besitzer Wilhelm Schulz in seinem Erlensdamm zur Verfügung gestellt hatte. Lehrer Glesmann begrüßte die vollzählig erschienenen Hauseltern der Kinder und gab die Festfolge bekannt. Nach einem Vorgesang folgten Reigen, Spiele und Gesänge der Schulkinder. Die Erwachsenen hatten ihr Vergnügen bei Tanz und Spiel an Würfelbuden und am Scheibenschießen. Wenn auch der Wettergott einige Regenschauer niederließ, so konnte er die fröhliche Stimmung nicht beeinträchtigen. Bei eindringender Dunkelheit erfolgte der Heimmarsch unter Lampenbeleuchtung. Für die Erwachsenen fand noch ein Tanzfranzögen im Fehmer'schen Saale statt. — Am Montag begann hier am staatlichen Lehrerseminar der polnische Sprachkursus für deutsche Lehrkräfte aus den Wojewodschaften Posen und Pommerellen unter Leitung des Seminarleiters Dr. Adwentowski. Als Prälegenten für die einzelnen Lehrgegenstände sind vom Kuratorium bestellt worden: Seminarlehrer Mozalewski aus Bromberg, Professor Wielinski aus Posen und Gymnasialdirektor Hasiński von hier. Zur Teilnahme an diesem Fortbildungskursus, welcher der Initiative des Direktors Gutschke zu verdanken ist, haben sich 60 Lehrer und Lehrerinnen eingefunden. Am getrigen Tage besuchte Dr. Namisk aus Posen als Vertreter des Sekularatoriums den Kursus. — Da sich die erste Ernte der Frühkartoffeln infolge der kalten Witterung der vorletzten Wochen sehr verzögert und mit einem größeren Angebot zu erschwinglichen Preisen nicht gerechnet werden darf, liegen am letzten Markttag die Preise für alte Kartoffeln außerordentlich. Der Zentner kostete 14—16 Zł; im Kleinverkauf das Pfund 20 Groschen. — Lehrer Kaschik aus Leschnitz ist aus dem staatlichen Schuldienst ausgeschieden, um das Kantorat an der Kreuzkirche in Posen zu übernehmen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Erweiterung des deutschen Durchfuhrtarifs für Polen. Im Durchfuhr-Ausnahmetarif SD 5 für den Verkehr Polen-Deutsche Seehäfen und umgekehrt sind neue Frachttarife für die Abteilung XI (Eier) zwischen Schneidemühl, Zollb. Grenze und den deutschen Seehafenstationen Bremen, Bremerhaven, Wesermünde, Hamburg, Spitzb., Wilhelmshafen, Lübeck, Warnemünde, Scharnhorst, Danzig, Stettin eingeführt. In die Abteilung XX des Warenverzeichnis sind unter Ziffer 2 „Abfall, Gelbfalt (Ferrozannatium) und Gelbnatron (Ferrozannatrium), sämtlich nur in der Richtung nach den deutschen Seehäfen“ aufgenommen.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 8. Juli auf 5,9351 Zloty festgesetzt.

Der Notiz am 7. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,68 bis 57,82, Bar 56,80—57,82, Berlin: Ueberweisung Warschau 47,01 bis 47,21, Posen oder Radowitz 47,00—47,20, Bar 46,875—47,275. London: Ueberweisung 43,50, Neuyork: Ueberweisung 11,30, Zürich: Ueberweisung 58,00, Riga: Ueberweisung 64, Mailand: Ueberweisung 203, Prag: Ueberweisung 376,75.

Warschauer Börse vom 7. Juli. Umläge, Verkauf — Kauf. Belgien —, Budapest —, Osto —, Holland 358,45, 359,35 — 357,55, Kopenhagen —, London 43,43, 43,54 — 43,33, Neuyork 8,93, 8,95 — 8,91, Paris 35,04, 35,13 — 34,95, Prag 26,50¹/₂, 26,56 — 26,44, Riga —, Schweiz 172,20, 172,63 — 171,77, Stockholm 239,60, 240,20 — 239,00, Wien 125,86, 126,17 — 125,55, Italien 48,98, 49,10 — 48,86 (Transito 49,20 — 49,05).

Ämtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 7. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,08¹/₂ Gd., Neuyork 5,1510—5,1540 Gd., Berlin —, Gd., —, Br., Warschau 57,68 Gd., 57,82 Br., —, Noten: London —, Gd., —, Br., Neuyork 5,1630—5,1735 Gd., Br., Berlin —, Gd., —, Br., Holland. 100 Gd. —, Gd., —, Br., Polen 57,68 Gd., 57,82 Br.

Berliner Devisenkurs.

Offiz. Distanz	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 7. Juli	In Reichsmark 6. Juli
		Geld	Brief
—	Buenos-Aires 1 Pel.	1,790	1,734
—	Canada . . 1 Dollar	4,208	4,216
5,85 %	Japan . . . 1 Yen.	1,994	1,998
—	Konstantin I. trf. Wd.	20,99	21,03
4,5 %	London 1 Pfd. Sterl.	20,467	20,507
—	Neuyork . . 1 Dollar	4,2155	4,2235
—	Riobe Janeiro 1 Milr.	0,493	0,493
—	Uruguay 1 Goldpef.	4,136	4,144
3,5 %	Amsterd. . . 100 Fl.	168,81	169,25
10 %	Athen	5,664	5,676
5,5 %	Brüssel-Int. 100 Frd.	58,625	58,745
6 %	Danzig . . . 100 Guld.	81,55	81,71
7 %	Helsingfors 100 fi. M.	10,614	10,634
7 %	Italien . . . 100 Lira	23,07	23,11
7 %	Jugoslawien 100 Din.	7,415	7,429
5 %	Kopenhagen 100 Kr.	112,70	112,92
8 %	Lissabon . . 100 Esc.	20,78	20,82
4,5 %	Oslo-Christ. 100 Kr.	108,94	109,16
5 %	Paris 100 Fr.	16,505	16,545
5 %	Prag 100 Kr.	12,493	12,513
3,5 %	Schweiz . . . 100 Fr.	81,145	81,305
10 %	Sofia 100 Leva	3,052	3,058
5 %	Spanien . . 100 Pef.	71,85	72,99
—	Stockholm . 100 Kr.	112,85	113,07
4 %	Wien 100 Kr.	59,32	59,44
6 %	Wien 100 Kr.	73,45	73,59
8 %	Warschau . . 100 Zł.	47,01	47,10
—	Rairo . . . 1 äg. Wd.	—	—

Züricher Börse vom 7. Juli. (Ämtlich.) Warschau 58,00, Neuyork 5,19¹/₂, London 25,22¹/₂, Paris 30,34¹/₂, Wien 73,10, Prag 15,40, Italien 28,39, Belgien 72,25, Budapest 90,60, Helsingfors 13,08, Sofia 3,75¹/₂, Holland 208,15, Oslo 134,35, Kopenhagen 138,80, Stockholm 139,15, Spanien 88,57¹/₂, Buenos Aires 2,20¹/₂, Tokio 2,45¹/₂, Bukarest 3,22, Athen 6,97, Berlin 123,10, Belgrad 9,13¹/₂, Konstantinopel 2,68.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine, 8,88 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,23 Zł., 100 franz. Franken 34,81 Zł., 100 Schweizer Franken 171,43 Zł., 100 deutsche Mark 210,58 Zł., Danziger Gulden 172,11 Zł., österr. Schilling 125,30 Zł., tschech. Krone 26,39 Zloty.

Attienmarkt.

Posener Börse vom 7. Juli. Wertpapiere und DBI-Gationen: 3/2 und 4proz. Posener Vorkriegspfundbriefe 50,00 — 49,50, 5proz. dol. litu. Pozn. Bism. Kredit 93¹/₂, 6proz. litu. 30z. Pozn. Bism. Kredit 22,25, 5proz. Poz. konverf. —, 5proz. Pozvezka Prem. —, Bankaktien: Bank Przemyslowcow (1000 Mk.) 2,50, Industrieaktien: S. Giegliski (50 Zł.) 40,00, C. Sarmig (50 Zł.) 41,00—42,00, Seraf. Bitt. (50 Zł.) —, Lubań (1000 Mk.) 80,00—85,00, Dr. R. Wan (1000 Mk.) 82,00, Unja (12 Zł.) —, Wisla, Wydzolacz (15 Zł.) —, Wytown. Chemiczna (1000 Mk.) 0,90, Tendenz: unverändert.

Produktenmarkt.

Berliner Produktenbericht vom 7. Juli. Getreide- und Mehlmarkt für 1000 Kg., Ionk für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märt. —, Juli 288, September 269,75—269,50, Oktober 269,50 bis 269,25, Roggen märt. 258,00—260,00, Juli 250,50—251,50, Sept. 230,15—232,25, Oktober 231—231,75, Gerste: Sommergerste 240—273, Safer märt. 251—258, Juli 215, September 196, Oktober —, Mais 184 bis 186, Weizenmehl 36,00 bis 38,00, Roggenmehl 34,00 bis 36,00, Weizenkleie 13,25, Roggenkleie 15,50—15,60, Bittoriaerbien 44—56, Kleine Speiseerbien 26—34, Futtererbien 22—23, Beludschien 21,00—22,50, Ackerbohnen 22—23, Wicken 22,00—24,50, Lupinen bl. 14,75—14,50, do. gelb 15,75—17,75, Serradella neu —, Rapsfuchen 15,40—15,80, Leinuchen 19,80—20,00, Trodenkännel 12,50 bis 13,10, Sonachrot 19,00—19,90, Kartoffelflocken 34,00—34,10, Tendenz Weizen still, Roggen stetig, Gerste still, Safer still, Mais still.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 7. Juli. Preis für 100 Kilogr. in Goldmark. Hüttenrohzn (fr. Verfahr) — bis —, Remalbed Metallzn 52,00—53,00, Original-Alumin. (98—99%) in Blöcken) Balz oder Drahtbarren 210, do. in Balz oder Draht. (99%) 214, Hüttenzn (mindestens 99%) —, Reinnickel (98—99%) 340—350, Antimon (Regulus) 95—100, Silber i. Barr. f. 1 Kilogr. 900 fein 77,50—78,50.

Wasserstands nachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 7. Juli in Artau 2,08 (2,18), Zawisch 1,22 (1,24), Warschau +1,43 (1,50), Błoc +1,09 (1,16), Thorn +1,22 (1,24), Rordon +1,48 (1,40), Culm +1,21 (1,12), Graudenz +1,42 (1,35), Arzbeurat +1,69 (1,65), Montau +1,01 (1,00), Bielek +0,97 (0,95), Dirschau +0,71 (0,70), Einlage +2,32 (2,32), Schwewenhorst +2,60 (2,58) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschristleiter: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Krue; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przagodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann, L. a. o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 134.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

